

1. Ein unbeschwertes Heranwachsen von LSBT*Q-Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Köln

- 1.1 Mit welchen Maßnahmen wollen Sie im kommenden Rat dafür Sorge tragen, dass sich die Lebenssituation von LSBT*Q-Jugendlichen im Vergleich zum status quo verbessert?

*Die Frage ist sehr vage gestellt. Wir können nicht erkennen, dass es eine zu verallgemeinernde „Lebenssituation“ von LSBT*Q-Jugendlichen gibt, die verbessert werden müsste. Jede Lebenssituation ist individuell, und es lässt sich daher schwer sagen, wie man eine vermeintlich bessere „Lebenssituation“ schaffen kann, von der sämtliche über eine „schwierige Lebenssituation“ klagende Personen der LSBT*Q-Jugendlichen profitieren. Dennoch – so betonen wir es immer wieder – gibt es tatsächlich ein großes Problem, das nicht von der Hand zu weisen ist: Viele Menschen strömen aus kulturfremden Ländern zu uns nach Köln – dort ist das queere Leben verpönt oder steht gar unter z. T. martialischer Strafe.*

- 1.2 Ein wichtiger Gradmesser, um die Situation von LSBT*Q-Jugendlichen zu erfassen, sind empirische Studien wie etwa in Form von Kinder- und Jugendbefragungen. Mit welchen Instrumenten wollen Sie eine Veränderung der Lebenssituation von LSBT*Q-Jugendlichen messen und überprüfen.

*Natürlich muss zunächst geschaut werden, ob und mit welcher Priorität eine solche Messung bzw. Überprüfung durchgeführt werden muss. Unseres Erachtens nach liegen die Probleme, die LSBT*Q-Jugendliche tatsächlich betreffen, auf der Hand – dazu benötigt man keine Studie, sondern könnte einen Blick auf Kölner Schulhöfe werfen: s. o.*

- 1.3 Wie wollen Sie auf Ebene der Verwaltung und Politik sicherstellen, dass die Bedarfe und Interessen von LSBT*Q-Jugendlichen bei kinder- und jugendpolitischen Themen berücksichtigt werden?

Sie werden doch bereits berücksichtigt. Gerade hier in Köln gibt es keinen Grund zur Annahme, dass eine solche Berücksichtigung der Bedarfe nicht stattfindet.

2. Diskriminierung vorbeugen: Aufklären und Vorurteile abbauen

- 2.1 Wie wollen Sie darauf hinwirken, dass in pädagogisch arbeitenden Einrichtungen von Kindertagesstätten bis Offener Ganztage und vom Jugendzentrum bis zum Sportverein ein akzeptierendes Umfeld für LSBT*Q-Heranwachsende herrscht?

Heranwachsende benötigen keinerlei „Anschubser“ oder Richtungsweisung, um ihre Sexualität bereits in Kindertagesstätten oder in der Grundschule zu ermitteln. Daher gehen wir davon aus, dass die Einrichtungen bereits offen mit dem Kindsein umgehen und es sich frei entwickeln lassen. Und wenn andere Kinder mal nachfragen, wieso das eine Kind vielleicht etwas anders ausschaut oder sich vielleicht nicht direkt als Freund anbietet, bedarf es keiner

Maßregelung oder Sonderbeziehung – es ist schlichtweg normal, dass es neugierig nachfragt. In Einrichtungen oder Sportvereinen für Jugendliche sieht das schon anders aus: Sollten Probleme oder gar Diskriminierung auftreten, so liegt das unseres Erachtens nach erneut am oben genannten Problem der kulturfremden Zuwanderung insbesondere aus dem muslimischen Raum, die von der Pike auf lernt, dass alles andere als Heterosexualität eben falsch sei – der Anteil wächst, und wächst, und die Probleme häufen sich.

2.2 Einen wichtigen Beitrag zur Diskriminierungsfreiheit leisten Aufklärungsprojekte. Die Stadt Köln fördert aktuell die Aufklärungsarbeit in Form der Projekte „WiR* - Wissen ist Respekt“ und „Schlau Köln“. Mit ihren aktuellen Kapazitäten erreichen die Projekte etwa einen Bruchteil der Neuntklässler*innen. Wie wollen Sie dazu beitragen, dass alle Schüler*innen der neunten Klassen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt aufgeklärt werden?

Wir glauben nicht, dass Neuntklässlerinnen & Neuntklässler NICHT wissen, dass es Andersgeschlechtliche gibt. Es gibt doch nichts zu beanstanden: Wir leben in einer freien Gesellschaft, in der jeder für sich sein kann, wer er möchte. Da bedarf es keiner schulischen Vermischung von Inhalten sogenannter „Genderwissenschaft“ und des üblichen Lernstoffes – schon gar nicht der Biologie. Wenn jemand homo-, bi- oder auch „anderssexuell“ ist, dann wird er das selbst herausfinden – dazu bedarf es, wie oben genannt, keines Anschubbers.

2.3 In Köln gibt es insgesamt 295 Schulen von der Grundschule bis zum Weiterbildungskolleg. Nur 8 Schulen (darunter keine Grundschule) sind in Köln eine „Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie“ und bekennen sich damit dazu, Diskriminierung gegenüber LSBT*Q aktiv entgegenzutreten. Wie möchten Sie erreichen, dass mehr Schulen gegen Diskriminierung aktiv werden?

Wir halten nichts von inhaltsleerer Symbolpolitik. Solange diese Einrichtungen bzw. sich die Verantwortlichen vor eigentlichen Gefahren für Nicht-Heterosexuelle verschließen, sehen wir keinen Bedarf, die Labels flächendeckend zu verteilen. Frühsexualisierung gehört nicht an Grundschulen.

2.4 Erzieher*innen, Pädagog*innen, Sozialarbeiter*innen und insbesondere Leitungskräfte in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sind wichtige Multiplikator*innen, um LSBT*Qakzeptierende Räume zu schaffen. Oft fehlen ihnen aber die Einblicke und das fachliche Wissen zur Lebenssituation von LSBT*Q-Jugendlichen und ihren Bedarfen. Unterstützen Sie eine kommunale Förderung einer hauptamtlichen Fachberatung für diese Multiplikator*innen?

Oben genannte Berufsgruppen sind keine Multiplikatoren für sogenannte „genderwissenschaftliche“ Inhalte, die Kindern und Jugendlichen aktiv vermittelt werden sollten. Sie sind da, um vor Ort in den Einrichtungen sicherzustellen, dass sich Kinder und Jugendliche frei von ideologischer Beeinflussung entwickeln können und bei Fragen und Nöten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

2.5 Das Schulgesetz in NRW formuliert sehr eindeutig, dass Schule auch die „Förderung der Akzeptanz unter allen Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Identität“ unterstützen solle. Gleichzeitig berichten Schüler*innen davon, dass die Wissensvermittlung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt oft kein Thema in ihrer Schullaufbahn ist. Unterstützen Sie eine Reform der Lehrpläne, in der LSBT*Q-Lebensweisen und die Aufklärung darüber zum Pflichtteil wird? Wie wollen Sie hier auf Landespolitik im Interesse der Kölner Schüler*innen Einfluss nehmen?

Wir sehen keinen Bedarf darin, den Lehrplan dahingehend zu verändern.

2.6 Junge LSBT*Q erleben auch in der Ausbildung und Beruf immer wieder verschiedene Formen von Diskriminierung. Die Stadt Köln bietet im Jahr 2020 insgesamt 350 Ausbildungsplätze an. Planen Sie, eine verpflichtende Weiterbildung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in städtische Ausbildungen und duale Studiengänge aufzunehmen?

3. LSBT*Q-Jugendliche stärken: Angebote zur Unterstützung ausbauen

3.1 In Köln leben 179.657 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 27 Jahren. Konservativ geschätzt (10 Prozent der Gesamtbevölkerung) sind darunter 17.965 junge LSBT*Q. Aktuell fördert die Stadt Köln die offene Jugendarbeit für LSBT*Q mit 2,5 Vollzeitstellen. Dieser Personalschlüssel besteht seit 20 Jahren und wurde zu einer Zeit geschaffen, als noch wesentlich weniger Jugendliche offen zu ihrer sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität stehen konnten und entsprechende Angebote der offenen Jugendarbeit nicht ohne stigmatisierende Hürden möglich waren. Inwiefern planen Sie, diesen Personalschlüssel den aktuellen Gegebenheiten, also mehr sichtbaren und erreichbaren LSBT*Q-Jugendlichen, anzupassen?

Wie viele Jugendliche nehmen dieses Angebot wahr, und bleiben dabei? Die Stadt wäre sicherlich auf den Zug aufgesprungen, hätte es bislang den tatsächlichen Bedarf gegeben. Ohne tatsächlichen Bedarf sehen wir keinen Anlass, die Stellen zu erhöhen.

3.2 Die LSBT*Q-Jugendarbeit ist in Köln nicht am Sozialraum orientiert. Sie findet ausschließlich in der Innenstadt statt. Sie ist somit insbesondere für Jugendliche aus dem rechtsrheinischen Stadtgebiet und für Jugendliche mit geringerer Mobilität mit Hürden verbunden. Welche Maßnahmen planen Sie, um eine sozialraumorientierte, offene Jugendarbeit für LSBT*Q zu etablieren?

*Auch das ist wieder eine Frage des tatsächlichen Bedarfes. Jugendarbeit bleibt Jugendarbeit, und sollte kein sich entwickelndes „Freizeit-Angebot“ werden, das es zwangsläufig wird, wenn man es an jeder Ecke in der Stadt findet, und man sich schnell daran gewöhnt, dort hinzugehen, weil es jeder aus der „Community“ tut. Nicht jeder LSBT*Q-Jugendliche fühlt sich der Community zugehörig. Daher sehen wir keinen Bedarf, die Jugendarbeit auszuweiten.*

3.3 Es gibt keine*n spezialisierte*n Mitarbeiter*in im Jugendamt, die*der für LSBT*Q-Themen verantwortlich ist und dieses Thema als Querschnittsaufgabe intern vertritt und nach außen als Ansprechpartner*in für Einrichtungen fungiert. Welche Notwendigkeit zur politischen Handlung sehen sie?

Keine. Kinder und Jugendliche sind als solche anzusehen, und nicht in verschiedene Sonderschubladen zu packen. So sollte auch das Jugendamt arbeiten.

3.4 Die am wenigsten überwindbaren Konflikte erleben LSBT*Q-Jugendliche im Elternhaus. Aufgrund von Abhängigkeitsstrukturen sind sie psychischer und körperlicher Gewalt durch Familienmitglieder am stärksten ausgesetzt. Inwiefern unterstützen Sie eine Erziehungsberatung nach §28 SGB VIII und eine sozialpädagogische Familienhilfe?

Familienhilfe sollte allgemein gehalten werden.

3.5 Notunterkünfte sind für LSBT*Q-Jugendliche und junge Erwachsene, die älter als 21 Jahre sind, in Köln nicht existent. Immer wieder sind Jugendliche von Wohnungslosigkeit bedroht, wenn sie aufgrund nicht aushaltbarer Zustände ihr Zuhause verlassen müssen oder aus diesem Grund nach Köln kommen. Couchsurfing, verdeckte und tatsächliche Obdachlosigkeit sowie die Gefahr von sexueller Ausbeutung und Abhängigkeit sind die Folge. Insbesondere junge Erwachsene sind davon betroffen. Welche Maßnahmen streben sie dagegen an? Inwiefern unterstützen Sie eine Clearing- und Notschlafstelle für junge LSBT*Q ohne Wohnsitz?

Die Stadt Köln scheut keine Kosten und Mühen, Notunterkünfte und Einrichtungen für Zugewanderte auszubauen, und in Köln leben in etwa 6000 Obdachlose (NRW-Rekord). Natürlich sollte es eine Einrichtung geben, die sich sämtlicher in Not geratener Kölner annimmt, die nicht wissen, wo sie schlafen sollen.

4. Diversität ernst nehmen: geschlechtliche Vielfalt, Migration, Behinderung und sozio-ökonomische Benachteiligung bei LSBT*Q-Jugendlichen

4.1 Als 1998 in Köln die Jugendarbeit für Jugendliche sexueller Minderheiten gestartet wurde, sprach man von schwulen, lesbischen und bisexuellen Jugendlichen. Mittlerweile sind neue Zielgruppen zur LSBT*Q-Jugendarbeit hinzugekommen: (1) trans*-Jugendliche, (2) LSBT*Q-Jugendliche mit zusätzlicher Migrations- und Fluchterfahrung und (3) LSBT*Q-Jugendliche mit zusätzlicher körperlicher und/oder geistiger Behinderung. In Köln gibt es keine dauerhaft kommunale Strukturförderung für eine dieser Zielgruppen in der offenen Jugendarbeit. Setzen Sie sich dafür ein, diese zu schaffen?

Wir lehnen eine weitere Kategorisierung der verschiedenen „Zielgruppen“ ab und sehen keinen Bedarf. Wie viele Untergruppierungen kommen in den nächsten Jahren noch dazu?

4.2 Trans*, inter und nicht-binäre Jugendliche und junge Erwachsene erleben strukturelle Gewalt in einer Welt, die nach heteronormativen Gesichtspunkten von Mann und Frau konstruiert ist. Dies betrifft unter anderem geschlechtergetrennte Räumlichkeiten nach Mann und Frau (z.B. Sportumkleiden, Toiletten) ebenso wie Sprachformulierungen (z.B. Homepage der Stadt Köln, Formulare). Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um strukturelle Diskriminierung in städtischen Einrichtungen wie Bibliotheken, Bürgerzentren, Sportanlagen, Schulen, Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit etc. anzupassen?

Wir erkennen keine strukturelle Benachteiligung oder gar „Diskriminierung“ in städtischen Einrichtungen.

4.3 LSBT*Q-Jugendliche mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung stehen oft vor der Entscheidung eines Coming-outs und damit eines freien Lebens oder dem Verstecken der sexuellen und geschlechtlichen Identität, um in keinen Konflikt mit dem oft selbst migrantisch geprägten Familien- und Freundeskreis zu gelangen. Mit welchen Vorhaben möchten Sie Familien von LSBT*Q-Jugendlichen mit Migrationshintergrund sensibilisieren und wie den betroffenen Jugendlichen selbst helfen?

Ein Sensibilisierungsversuch der Familien ist wohl vergebene Liebesmühe – aus einem kulturfremden, oftmals muslimischen Raum stammende Familien stoßen ihre Kinder wegen einer an die Öffentlichkeit gelangenden Nicht-Heterosexualität zum Großteil ab und werden diese wohl niemals akzeptieren. Die sich vergrößernde bunte Gesellschaft der migrationsverliebten Stadt Köln wird diese Situation leider weiter verschärfen.

4.4 LSBT*Q-Jugendliche mit Behinderung stehen vor der besonderen Situation der Mehrfachdiskriminierung. Wie sollen diese Jugendlichen in der Behindertenarbeit der Stadt zukünftig mitgedacht werden? Welche Strukturen wollen Sie politisch ermöglichen, um LSBT*Q-Jugendliche mit besonderen Bedarfen aufgrund einer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung an der LSBT*Q-Jugendarbeit teilhaben zu lassen?

Es ist eine Frage des tatsächlichen Bedarfes.

4.5 Welche weiteren Missstände in Bezug auf die Lebenssituation von jungen LSBT*Q sind Ihnen zusätzlich aufgefallen? Mit welchen Ansätzen und Konzepten wollen Sie diese beseitigen?

*Wir sehen keine weiteren (angeblichen) Missstände in Bezug auf die Lebenssituation von LSBT*Q Jugendlichen, die nicht bereits oben in Fülle angesprochen wurden. Aus unsere Sicht besteht die größte Gefahr für LSBT*Q-Angehörige darin, dass noch mehr kulturfremde Zuwanderung meist*

*aus muslimisch geprägten Ländern erfolgt und gefördert wird. Schaut man sich die Statistiken an, so ist es schon auffällig, dass Homophobie und Gewalttaten gegen nicht-heterosexuelle Menschen seit 2014 stetig zunehmen. Gleichzeitig ist die Vereinnahmung der gesamten LSBT*Q Community seitens bestimmter linksorientierter Gruppierungen unseres Erachtens nach fatal und schädlich für unsere Gesellschaft, nach dem Motto „bloß eine unterschiedlichen Meinungen haben“.*